

Bundessymposium des Wirtschaftsrates der CDU e. V.

Gesundheitswirtschaft statt Staatsmedizin – Politik für ein starkes Gesundheitswesen

5. Oktober 2010

Thesen von Roland Weber, Mitglied der Vorstände, Debeka Versicherungsgruppe

1. Seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland war es weitgehend politischer Konsens, dass staatliches Handeln sowohl nach dem Solidaritätsprinzip als auch nach dem Subsidiaritätsprinzip geordnet sein sollte. Die Finanzmarktkrise hat hier – hoffentlich nur vorübergehend - zu einem Paradigmenwechsel geführt. Der starke Staat, der alles regelt, und zwar möglichst einheitlich für alle, ist wieder gefragt. Wohin dies aber führt, hat schon Ludwig Erhard 1956 formuliert:

„Die totale Zwangsversicherung und der Versorgungsstaat sind naturgemäß besonders geeignet, den Wagemut, das Leistungsstreben, die Bereitschaft zu freier Spätätigkeit, die persönliche Initiative und das Verantwortungsbewusstsein mehr und mehr zu lähmen, ohne die eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht existieren kann.“

Wir sollten uns dies wieder mehr bewusst machen: Erst das Subsidiaritätsprinzip ermöglicht die Entfaltung der persönlichen Kräfte und fördert die Selbstverantwortung des Menschen in der Gesellschaft.

2. Die Gesundheitspolitik Ulla Schmidts bewegte sich Richtung Zwangsversicherung und Versorgungsstaat: Schwächung der PKV, Einrichtung des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen, Wegfall der Beitragssatzautonomie der Kassen, fast vollständige Finanzierung der GKV über den Gesundheitsfonds. Die jetzt von der Bundesregierung beabsichtigten Maßnahmen sind erste Schritte in die richtige Richtung: Rückkehr zum Status quo ante für die PKV, stärkere Beitragsdifferenzierung in der GKV durch zunehmende Bedeutung des Zusatzbeitrages, Entlastung des Faktors Arbeit. In diese Richtung muss weiter gearbeitet werden. Der Anteil des Gesundheitsfonds an der Finanzierung der GKV muss zurückgefahren werden, die Kassen brauchen eine noch stärkere Beitragsautonomie.
3. Das Gesundheitswesen ist ein starker und wachsender Wirtschaftszweig. Gesundheitspolitik ist somit auch Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Die Gesundheitspolitik darf die Entwicklung dieses Wirtschaftszweiges nicht hemmen, sie muss vielmehr mithelfen, dass die Menschen ei-

genverantwortlich entscheiden, welche Gesundheitsleistungen sie in Anspruch nehmen wollen und was sie ihnen wert sind. Die Ausgaben für Gesundheit werden wachsen, und ein immer kleinerer Teil davon wird über die Grundversorgung der GKV finanziert werden können.

4. Ein demographiefestes Gesundheitssystem muss nachhaltig finanziert sein. Das ist nur mit mehr Kapitaldeckung möglich; der Kapitalstock muss vor staatlichem Zugriff geschützt sein. Es ist zu prüfen, ob das Umlagesystem der GKV weiterhin das derzeitige Leistungsspektrum abbilden soll, oder ob Teile des GKV-Leistungsumfanges nicht besser in der kapitalgedeckten PKV angesiedelt werden. Hier sind neue, intelligente Kooperationsformen zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung denkbar. Dies wäre auch im Sinne der Regierungserklärung 2009 von Angela Merkel:

"Wenn wir angemessene Antworten auf den Altersaufbau unserer Gesellschaft finden wollen, dann führt kein Weg daran vorbei, unsere sozialen Sicherungssysteme generationengerecht auszugestalten."